

**Ulrich Menzel**

**Was heißt und zu welchem Ende studiert man Internationale Beziehungen?**

**Akademische Abtrittsrede am 21.7.2015 auf dem Campus Nord der Technischen Universität Carolo Wilhelmina zu Braunschweig**

Nachdem Friedrich Schiller an die Jenaer-Universität auf einen Lehrstuhl für Philosophie berufen worden war, hielt er dort am 26. Mai 1789 seine berühmte Antrittsvorlesung „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“. Das Manuskript wurde im „Teutschen Merkur“ veröffentlicht. Damit eröffnete er eine Reihe von hochschulpolitischen Interventionen, die 1809 mit Wilhelm von Humboldts Antrag auf Errichtung der Universität Berlin ihren Abschluss fand. Erst Jena und 20 Jahre später Berlin avancierten zu akademischen Zentren, deren führende Köpfe sich der Frage gewidmet haben, was der eigentliche Sinn und Zweck der universitären Forschung und Lehre ist.

Dazu gehörten Fichtes „Einige Vorlesungen über die Bestimmung des Gelehrten“, in Jena begonnen und in Berlin fortgesetzt, deren Vorbericht auf die Michaelis-Messe 1794 datiert ist. Die Bestimmung des Gelehrten ist demnach die „oberste Aufsicht über den wirklichen Fortgang des Menschengeschlechts im allgemeinen, und die stete Beförderung dieses Fortgangs“ (S. 40). Als „Lehrer des Menschengeschlechts“ muss er bestrebt sein, die Erkenntnis immer weiter voranzubringen, da nur von ihm der Fortschritt abhängt. Ferner Hegels frühe Jenaer Schriften, für die er 1801 als „der Weltweisheit Doktor“ zeichnete und Schellings „Vorlesungen über die Methode (Lehrart) des akademischen Studiums“ 1802 in Jena gehalten und 1803, 1813 und 1830 bei Cotta in Tübingen veröffentlicht in der „Hoffnung, dass manche Ideen derselben, außer an deren Folgen, auch für die nächsten oder doch zukünftigen Bestimmungen der Akademien von einigem

Gewicht sein könnten.“ Letztere sind das eigentliche Gründungsmanifest der Idee und Gestalt der deutschen Universität, jedem zeitgenössischen Bildungsreformer zur Lektüre empfohlen. Selbst Dr. Marx, der erst in Bonn und dann in Berlin studiert hat, wurde 1841 „in absentia“ über die „Differenz der demokratischen und epikureischen Naturphilosophie“ in Jena promoviert. Nur Kant, der sein Leben lang Königsberg nicht verlassen hat, hat dort nicht gelehrt. Wieso gerade Jena?

Die Jenaer „Hohe Schule“ war 1558 in den Rang einer Universität erhoben worden. Den Namen Friedrich Schiller-Universität erhielt sie erst 1934, eine weniger vorzeigbare Episode, die mit dem Thüringer Nationalsozialismus zu tun hat. 1531 war der Schmalkaldische Bund der protestantischen Fürsten und Reichsstädte unter Führung des sächsischen Kurfürsten Johann Friedrich gegründet worden. Im Schmalkaldischen Krieg war es Karl V. fast gelungen, den Protestantismus im Reich niederzuringen. Nach der Schlacht bei Mühlberg (24.4.1547) wähnte sich Karl auf dem Höhepunkt seiner Macht. Tizian hat ihn in Siegerpose gemalt. Der Kurfürst wurde gefangen und musste in der Wittenberger Kapitulation auf Kursachsen und die Kurwürde zugunsten seines ungeliebten Vetters Moritz aus der albertinischen Linie der Wettiner, damit auch auf die Residenz und Universität Wittenberg, verzichten, an der Luther seine Karriere begonnen hatte. Ihm blieb nur das ernestinische Restherzogtum in Thüringen mit der neuen Residenz Weimar. Zum Ersatz für die verlorene Landesuniversität Wittenberg gründete er in Jena eine Reformuniversität, die sicherstellen sollte, dass der Protestantismus weiterhin eine akademische Basis hatte. Weimar wie Jena verstanden es im Laufe der Zeit, zum literarischen und akademischen Mittelpunkt des Reiches aufzusteigen. Heute würde man sagen, die Ernestiner haben „soft power“ entwickelt, um den Verlust an „hard power“, die aus der Verfügung über den sächsischen Silberbergbau resultierte, zu kompensieren. Dies

gelang, weil sie über eine erfolgreiche Berufungspolitik prominente Köpfe an sich zu ziehen wußte. Auch heute noch sind die Berufungen das A und O einer Universität.

Die Parallele zu Preußen 250 Jahre später ist eklatant. 1807 hatte es als protestantische Vormacht im alten Reich gegen die katholischen Franzosen unter Napoleon ausgerechnet bei Jena und Auerstädt eine katastrophale Niederlage erlitten. Im Frieden von Tilsit musste Preußen trotz des Techtelmechtels zwischen Napoleon und Königin Luise seine westelbischen Gebiete und damit auch die Landesuniversität Halle abtreten. Es war auf eine Mittelmacht zurückgestutzt, Napoleon im Begriff, eine imperiale Ordnung in Europa zu errichten, nachdem seine globalen Ambitionen in Ägypten, in der Karibik (St. Domingue) und bei Trafalgar gescheitert waren.

In Preußen war die Niederlage Anlass für eine Neuausrichtung des Staates an Haupt und Gliedern, die als Stein-Hardenbergsche Reformen in die Geschichte eingehen sollten. Dazu gehörte nicht zuletzt die Reform des Bildungswesens. Auch Preußen sollte, wie weiland das ernestinische Restsachsen, soft power entwickeln. Humboldt als Leiter der Sektion des Kultus und des öffentlichen Unterrichts im preußischen Innenministerium (heute in etwa MWK plus Kultusministerium) wurde mit der Reform beauftragt und sollte als Ersatz der verlorenen Haller Universität in Berlin eine Reformuniversität gründen. So geschehen 1810. Dabei griff er auf Gründungstexte zurück, deren Autoren uns aus Jena bekannt sind. Zu diesen gehörten Fichtes „Deduzierter Plan einer zu Berlin zu errichtenden höheren Lehranstalt“ von 1807, Schleiermachers „Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn“ von 1808, ein liberaler Gegenentwurf zu Fichte, und von ihm selber „Über die innere und äußere Organisation der wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ (1809/1810).

Fichte definierte die Universität als „Kunstschule des wissenschaftlichen Verstandesgebrauchs“ und beklagte die dort gepflegte Routine, das verbreitete Halbwissen und das bloße Vorlesen dessen, was andere aufgeschrieben haben. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass damals Vorlesung und Mitschrift, die „mündliche Fortpflanzung“, das Medium des Wissenstransfers war und die Universität ganz ohne E-Mail, Laptop, Handy, Fotokopierer, Scanner, Drucker, Plotter, Google und sogar Power Point auskommen musste. Das Studium, nicht die Wissenschaft, so Fichte weiter, ist darauf gerichtet, das erworbene Wissen anzuwenden nicht in dem Sinne, es zu reproduzieren, sondern in „Werke“ zu verwandeln. Demzufolge sind die Staatsämter von Gelehrten zu besetzen.

Diese Texte kulminierten in Humboldts „Antrag auf Errichtung der Universität Berlin“ an des Königs Majestät vom 24.7.1809 und dem „Vorläufigen Reglement“. Humboldt war de facto der erste preußische Wissenschaftsminister, Fichte der erste gewählte Rektor der Berliner Universität, der seine Rektoratsrede der akademischen Freiheit widmete, die er selbstverständlich auch den Studierenden zubilligte. Zitat: „Die Fortbildung des Verstandes ist das Einzige, durch welches das Menschengeschlecht seine Bestimmung erfüllt“. (150) Fortschritt resultiert aus der Aufklärung, aus dem Zuwachs an Erkenntnis. Die Universität ist der Ort, wo der Erkenntnisgewinn sich vollzieht und das Wissen weitergegeben wird. Insofern ist sie die eigentliche Basis der gesellschaftlichen Entwicklung in jeder Hinsicht. Die Berliner Gründung wurde ganz ohne Akkreditierung, ganz ohne Evaluation, ganz ohne ZEVA vollzogen, nur einfach so dank der Überlegungen kluger Köpfe, wurde doch ein großes Werk. In den Paragraphen des Reglements formulierte Humboldt sein berühmtes Bildungsideal, das sich an den beiden

zentralen Begriffen der Aufklärung, dem autonomen Individuum und dem Weltbürgertum, festmachen lässt.

Wir nähern uns unserem Thema. Die Berliner Universität, erst 1948 nach Humboldt benannt, als sich paradoxerweise die Freie Universität im Amerikanischen Sektor durch den Auszug von Professoren und Studenten abspaltete, avancierte rasch zum Modell aller deutschsprachigen Universitäten und ließ Deutsch anstelle von Latein oder Französisch zur Sprache der Wissenschaft werden, lange bevor es durch das Englische ersetzt wurde. Der Traum des Humboldt wurde in Berlin wahr, sein Alptraum womöglich - ausgerechnet nach der Stadt Bologna benannt, Sitz der ältesten Universität überhaupt. 1158 erhielt sie von Kaiser Barbarossa das Scholarenprivileg und 1219 durch Papst Honorius III. das Promotionsrecht. Kaiser wie Papst würden im Grabe rotieren, wenn sie wüssten ...

Ich schweife ab. Neben den autonomen Individuen, die zu Weltbürgern heranreifen, war die akademische Freiheit ein weiteres Anliegen. Freiheit nach außen hieß Freiheit vor staatlicher Reglementierung, wie sie etwa durch eine neoliberale Landesformel zum Ausdruck kommt. Deshalb sah Humboldt vor, dass die Berliner Universität durch die königliche Zuweisung von Domänen auf eine eigene wirtschaftliche Basis zu stellen sei. 150.000 Reichsthaler jährlich schienen ihm ausreichend. Mit dem Braunschweiger Studien- und Klosterfonds ist dieser Gedanke von Herzog Julius bereits 1569 im Hinblick auf die Universität Helmstedt bzw. im Vorgriff auf die Carolo Wilhelmina verwirklicht worden. Herzog August schrieb 1655 in einer neuen Klosterordnung fest, dass die Erträge aus Stiftungen und Klöstern „zu keinem anderen als geistlichen Sachen und Ausgaben, wozu sie gewidmet, verwendet werden mögen.“ Das Niedersächsische Vorab setzt diese Tradition fort, sind doch die Erträge des zweitgrößten Automobilproduzenten der Welt höher zu veran-

schlagen als die Erträge aus der Land- und Forstwirtschaft des „Braunschweiger Landes“ (Glogowski).

Freiheit nach innen meinte die Autonomie von Lehrenden und Lernenden, die Freiheit von Lehrmeinungen und Lehrmethoden, die freie Wahl und Organisation des Studiums. In Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes, man kann nicht oft genug daran erinnern, scheint dieses Prinzip wieder auf. Ferner ging es Humboldt um die Einheit von Forschung und Lehre. Nur wer sich in der Forschung an vorderster Front bewegt, kann auch ein guter Lehrer sein. Nur wer seine Forschungsergebnisse zur Diskussion stellt, erhält befruchtende Anregungen. Wissenschaft ist das Resultat einer gemeinsamen Anstrengung von Lehrenden und Lernenden.

Ganz nebenbei verfolgte Humboldt das Interesse der sich formierenden Bürgerlichen Gesellschaft, wollte er doch die Vierte oder Philosophische, die Bürgerliche Fakultät auf eine Stufe stellen mit den drei höheren Fakultäten der Theologie, der Jurisprudenz und der Medizin. An der TH Braunschweig war das die Kulturwissenschaftliche Abteilung, die immer um Anerkennung kämpfen musste gegenüber den höheren Technischen Abteilungen. Humboldt war so erfolgreich, dass der gesamte übrige Fächerkanon, nicht nur die Philosophie, sondern auch die Philologie, die Geschichtswissenschaft, die Mathematik, die Physik, die Chemie und alle übrigen Naturwissenschaften aus der Vierten Fakultät hervorgegangen sind. Selbstredend unterstellte er, dass jeder Professor den Fächerkanon seiner Fakultät in ihrer gesamten Breite vertreten konnte. Schleiermacher ging noch einen Schritt weiter. Die ersten drei Fakultäten seien nur anwendungsorientiert im Hinblick auf die Kirche, den Staat und den Menschen. Nur die Vierte Fakultät mache die eigentliche Universität aus, weil dort die reine Wissenschaft betrieben werde.

Die Technischen Universitäten haben naturgemäß eine andere Entstehungsgeschichte. In Charlottenburg wurden die TH erst 1884 und drei Jahre später daneben die Physikalisch-Technische Reichsanstalt (PTR) unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Industrie gegründet. Nur die Carolo-Wilhelmina als älteste Technische Hochschule der Welt ist viel älter. Insofern war es nur natürlich, dass die PTR Berlin nach dem Krieg verlassen, 1948 als PTB die Nähe zur TH Braunschweig gesucht hat und ab 1975 ein Kollege aus der Hochspannungstechnik deren erster Ingenieur-Präsident geworden ist.

Die Fächer der Vierten oder Artistenfakultät sollten nicht mehr als artes liberales, als freie Künste, zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen, wie man heute sagt, als bloße Hilfswissenschaften den drei höheren Fakultäten dienen. Im Triumph des Thomas von Aquin, Fresko von Andrea di Firenze in der florentiner Kirche Santa Maria Novella, sind die sieben Freien Künste des Mittelalters neben den sieben theologischen Wissenschaften abgebildet und zugleich personifiziert: Die Arithmetik durch Pythagoras, die Geometrie durch Euklid, die Astronomie durch Ptolemäus, die Musik durch Tubal-cain, die Dialektik durch Aristoteles, die Rhetorik durch Cicero und die Grammatik durch Priscian. Heutzutage hat sich die Zahl der Freien Künste auf drei reduziert - „Googeln“, copy and paste und Power Point oder gar nur auf eine, nämlich die Kunst, die „gegoogelten“ Erkenntnisse 1:1 auf Power Point-Folien zu kopieren.

Universität im Sinne von Universitas literarum, der Gemeinschaft aller Wissenschaften, meinte im ursprünglichen Sinne, dass autonome Individuen und Weltbürger sich nur bilden können aus dem Gesamtverständnis aller Wissenschaften, vor dem eigentlichen Fachstudium also ein Studium Generale zu absolvieren ist. Diese Idee hatte bereits Rafael in der Stanza della

Signatura des Vatikans (1510-11) visualisiert mit seinem Fresko „Die Schule von Athen“ als Illustration der Synthese von Metaphysik, Naturphilosophie, Theologie und Magie mit Leonardo da Vinci als Platon und Michelangelo als Aristoteles in der Bildmitte, den Timaios und die Ethik in der Hand haltend, und rechts unten Zarathustra das Himmelsgewölbe tragend, ihm gegenüber Ptolemäus mit der Erdkugel. 500 Jahre später nennt man das Interdisziplinarität.

Unbedingt abgelehnt, fast schon wie Schimpfworte gebraucht, wurden die „Brotwissenschaften“ bzw. die „Brotgelehrten“. Nach heutigem Sprachgebrauch ist damit der Unterschied von angewandter und reiner Forschung gemeint. Nur die reine Wissenschaft ist in der Lage, die Welt geistig zu durchdringen, sie auf aufgeklärte Weise im Sinne des idealistischen Geschichtsverständnisses voranzubringen.

Man sieht - alle aktuellen hochschulpolitischen Kontroversen wurden schon vor 200 Jahren ausgetragen. Bilanziert man nur sie aus einer Humboldtschen Perspektive, lässt sich ein regelrechter Strukturwandel der Universität konstatieren. Von der Hochschulreife zur Hochschulzugangsberechtigung, von der Bildungsanstalt zur Ausbildungsanstalt, von der Freiheit von Forschung und Lehre zur Ziel- und Leistungsvereinbarung, vom Studien- und Klosterfonds zu LOM, von Leibniz zur NTH (und zurück), vom autonomen Weltbürger zum ..... (das verkneife ich mir jetzt) von Berlin zu Bologna, vom Schein zum Punkt.

Damit bin ich bei meinem eigentlichen Thema. Zu Zeiten von Schiller, Fichte, Schleiermacher, Schelling, Kant, Hegel und Humboldt galt ganz selbstverständlich die Philosophie als Mutter der bürgerlichen Wissenschaften, die Geschichte als Leitwissenschaft. Heutzutage, um den falschen Begriff zu verwenden, „im Zeitalter der Globalisierung“, muss folglich meiner

Disziplin, der Lehre von den Internationalen Beziehungen (abgekürzt IB) diese Aufgabe zukommen, ist sie doch im Grunde nichts anderes als das, was Schiller unter Universalgeschichte verstanden.

Die Antwort auf die Frage, „Warum und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ lieferte er mit dem idealistischen Geschichtsbild und der in der Hegelschen Geschichtsphilosophie begründeten These vom Sinn in der Geschichte. Universalgeschichte soll studiert werden, um dem Weltgeist, der List der Vernunft, die hinter allen Rückschritten steckt, auf die Spur zu kommen. Nur im Licht der historischen Erfahrung lässt sich die Gegenwart verstehen und die Bildung des aufgeklärten Weltbürgers anleiten, der für die Gestaltung der Zukunft zu wappnen ist.

Ich formuliere es so: Der Königsweg zur sozialwissenschaftlichen Erkenntnis ist die historisch-komparative Methode. Nur aus der Erforschung der Vergangenheit, des Fortschritts wie des Rückschritts in der Geschichte, des Vergleichs der unterschiedlichen Wege, die die einzelnen Teile der Welt dabei gegangen sind, ihrer positiven wie negativen Wechselwirkungen ist ein Verständnis der Gegenwart möglich. Dieser Satz gilt immer und überall und ganz besonders für die Universität, wie Hermann Lübbe 1977 mit seinem klassischen Aufsatz „Was heißt: ‚Das kann man nur historisch erklären‘?“ auf den Punkt gebracht hat. Auch diese Frage wäre ein schönes Thema für eine Abtrittsvorlesung. Ausgerechnet an der Pflanzstätte der Rationalität kommt es zu besonders spektakulären Irrationalitäten wie der Überdachung der Leibniz-Universität und der Carolo Wilhelmina durch eine NTH. Das wäre so, als wollte man aus 96 und BTVS eine Mannschaft formen, die in der Champions League spielt. Nur - wer macht dann den Sechser?

Zurück zum Thema: Nur aus dem Verständnis der historischen Bedingtheit der Gegenwart kann wissenschaftliche Politikberatung politisches Handeln anleiten, um die großen Probleme der Welt, die Fragen von Krieg und Frieden, Staatenbildung und Staatszerfall, Despotie und Demokratie, Wohlstand und Armut, Bewahrung und Zerstörung der Natur oder aktuell die Zukunft Europas, das mehr ist als Euro, oder die Egoismen im Umgang mit dem Flüchtlingselend im Mittelmeer zu bearbeiten. Die Bildung des autonomen Weltbürgers geht immer weiter. Camille Flammarion hat 1888 mit seinem Holzschnitt „Himmelskunde für das Volk“ den Übergang vom Mittelalter zur Renaissance illustriert. Der Rückblick auf die Antike hat die Aufklärung vorbereitet! Der neugierige Forscher, etwa der Kollege und Astrophysiker Karl-Heinz Glaßmeier aus Münster bei Gronau, durchbricht das dogmatische Lehrgebäude des „finsteren Mittelalters“ und entdeckt „hinterm Horizont“ eine neue Welt.

Mein cartesianisch gewonnenes Argument basiert auf zwei Axiomen. (1) Der Mensch ist vernunftbegabt. Weil er vernunftbegabt ist, ist er einsichtig gegenüber dem rationalen Argument, mindestens aber lernfähig, also zu einem aufgeklärten, mündigen Wesen zu erziehen. Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, so hat Kant die Frage: Was ist Aufklärung? beantwortet. (2) Es gibt einen Fortschritt in der Geschichte. Sonst bräuchten wir keine Universität. Auch Bologna wird wie G8, die NTH, HOK, die Ganzheitsmethode oder die Mengenlehre nur eine Episode des Rückschritts bleiben. Auch die Reform der Reform geht immer weiter. Trotz aller Rückschläge ist sie möglich, die bessere Welt. Dazu bedarf es zwar nicht nur - aber auch des Studiums der IB, weil dieses vermittelt, was die Welt im Innersten zusammenhält.

Utopische oder dystopische Allegorien und Ordnungsvorstellungen gab es seit der Antike. Ich zeige den Ara Pacis

mit seiner Allegorie auf den Augusteischen Frieden und den durch ihn ermöglichten Wohlstand auf dem Höhepunkt des Römischen Reiches; die Allegorien vom guten und schlechten Regieren mit ihren jeweiligen Konsequenzen für Stadt und Land von Ambrosio Lorenzetti (1337-1339) im Palazzo Pubblico von Siena. Für den Auftragsmaler Lorenzetti war die republikanische Staatsreform (wie in Siena) die beste und die Tyrannei die schlechteste aller Regierungsformen; das Jüngste Gericht, Fresko von Michelangelo an der Stirnwand der Sixtinischen Kapelle (1536-1541), nicht nur, um den Kardinälen im Konklave den Spiegel vor Augen zu halten, sondern auch die möglichen Alternativen am Ende der Geschichte zu illustrieren.

Dazu gehört auch die Allegorie auf das Heilige Römische Reich unter Karl V. (etwa 1516), die Idee der christlichen Universalmonarchie verkörpernd. Karl thront zwischen den Säulen des Herkules im Gewand eines römischen Imperators mit Schwert und Reichsapfel. Er sieht sich in der Nachfolge des Augustus wie der mittelalterlichen Kaiser. Auf der linken Bildseite der französische König Franz I., der im Verbund mit dem Papst die Verleihung der Kaiserwürde an Karl zu verhindern suchte, und der Sultan Süleyman der Prächtige, der als Gleichrangiger eines konkurrierenden muslimischen Imperiums nicht durch den Reichsadler an die Kette gelegt, aber in Anspielung an die Abwehr der Türken vor Wien (1529) in die Flucht geschlagen wird. Auf der Rechten die protestantischen Fürsten, u.a. der Kurfürst von Sachsen, die in Mühlberg von Karl besiegt wurden.

Die berühmteste Utopie des bürgerlichen Zeitalters ist Rembrandts „Offiziere und Wachmänner der Amsterdamer Bürgerwehrgesellschaft von Frans Banning Cocq und Leutnant Willem van Ruytenburgh“ festgehalten in dem Moment, in dem der Hauptmann seinem Leutnant das Kommando gibt, zur Nachtwache abzurücken. Hier gibt es keine Universalmonarchie, keinen Papst, keinen

Sultan, kein staatliches Gewaltmonopol, hier ist der Staat völlig verschwunden, weil selbst dessen elementare Funktionen wie die innere Sicherheit nicht mehr von kommunalen Nachtwächtern, sondern von den Bürgern selber wahrgenommen werden. Die portraitierten Wachmänner waren Kaufleute, die Rembrandt bezahlt haben Kommandeur einer Schützenkompanie war die Vorstufe für das Amt des Bürgermeisters. Man beachte die doppelte bürgerliche Begrifflichkeit. Rembrandt malt seine Schützenkompanie nicht in Positur wie Adelige oder Kardinäle, sondern, das ist das eigentliche Moderne, als Individuen im Moment des Aufbruchs. Rigauds Darstellung des absolutistischen Sonnenkönigs („l'état c'est moi“) bringt das komplette Gegenteil zum Ausdruck.

Auch der Krieg wird nicht von Soldaten geführt, sondern von Söldnern einer privaten Aktiengesellschaft, der Westindischen Kompanie, zu deren Aktionären auch die Mitglieder der Schützenkompanie des Frans Banning Cocq gehören mochten. Die Gravur zeigt den vergeblichen Angriff der WIC auf die portugiesische Kolonialhauptstadt Bahia 1624. Deshalb gründete sie mit Niederländisch Brasilien im Norden sogar eine eigene Kolonie. Selbst Kolonialherrschaft war eine Privatangelegenheit.

„The Solidarity of Peoples“ mit dem Turm der Universität von Salamanca aus dem Zyklus der Wandmalereien von José María Sert (1935/36) im Ratssaal des Völkerbunds in Genf und das Wandbild von Per Krohg, vor dem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen tagt, symbolisieren die Utopie einer solidarischen und friedlichen Weltgemeinschaft, die gerade in Tagen wie diesen vor eine große Belastungsprobe gestellt ist. Die Dystopien „Brave New World“ von Huxley (1932) und „1984“ von Orwell (1948) kommen derzeit der Wirklichkeit (siehe NSA) zwar näher, sind aber nur Ausdruck der zwischenzeitlichen Rückschritte.

Picassos "Temple de la Paix" (1952) erinnert mit „La Paix bleu“ und „La Guerre“ an die Allegorien von guten und schlechten Regieren des Lorenzetti. Man beachte das hexagonale Schild des Kriegers auf der Linken, der das zivilisatorische Hexagon von Dieter Senghaas aus Rechtsstaatlichkeit, Gewaltmonopol, Affektkontrolle, sozialer Gerechtigkeit, Konfliktkultur und Partizipation in „Wohin driftet die Welt?“ angeregt haben mag. Derzeit driftet die Welt wieder auseinander oder zurück in ein neues Mittelalter, in eine Konstellation fragiler Staatlichkeit, bei der sich an allen Ecken des Hexagons das schiere Gegenteil offenbart.

Dennoch lässt sich eine andere, die Geschichte des mühsamen Wegs der großen Verabredungen über die Ordnung der Welt erzählen. Dazu bedarf es weiterer Annahmen. Die eine ist das Axiom von der „Anarchie der Staatenwelt“. Mit der Begründung des Westfälischen Staatensystems im Anschluss an den Frieden von Münster und Osnabrück (1648) hat sich das Souveränitätsprinzip durchgesetzt. Souveränität nach außen heißt, dass die Staaten die oberste Instanz bilden ohne übergeordnetes Gewaltmonopol, das von einem Kaiser, Sultan, Großkhan, Papst oder Politbüro wahrgenommen wird. Die „Beschwörung des Spanisch-Niederländischen Friedens im Rathaus zu Münster“ von Gerard ter Borch (1648), auf dem nur sechs der sieben niederländischen Delegierten die Hand zum Schwur erheben, ist ideengeschichtlich der Moment, in dem das Prinzip interdynastischer durch das Prinzip internationaler Beziehungen ersetzt wurde. Utrecht als 7. Provinz wollte mit Rücksicht auf Frankreich, das sich bis 1659 mit Spanien im Krieg befand, nicht zustimmen.

Souveränität nach innen heißt, dass jeder Staat frei ist in der Wahl seiner politischen Ordnung und darüber keiner äußeren Instanz Rechenschaft ablegen muss. Eine Einmischung in dessen

innere Angelegenheiten ist grundsätzlich nicht zulässig. Beide Aspekte des Souveränitätsprinzips sind in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben.

Daraus folgt das Territorialprinzip. Alle sozialen Systeme enden an der Landesgrenze. Die Straßenverkehrsordnung, das Hochschulrahmengesetz, das Grundgesetz, die Wettkampfordnung des DFB, die Vergabepaxis der DFG, selbst das Bundesreisekostengesetz. Nur die Reichweite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Reisekostenstelle der TU Braunschweig ist grenzenlos, was die Abrechnung von Reisekosten zu einer zeitraubenden und nervtötenden Angelegenheit macht. Das Cuius regio, eius religio-Prinzip, das 1555 im Augsburger Religionsfrieden verabredet wurde, war ein Vorläufer des Territorialprinzips. Deshalb sind bis heute im protestantischen Niedersachsen Osnabrück und das Emsland katholisch.

Eine wesentliche Funktion des Staates ist die Bereitstellung von öffentlichen Gütern. Diese sind definiert durch Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität. Alle Bürger kommen in ihren Genuss, die Inanspruchnahme durch den einen geht nicht zu Lasten eines anderen. Private Güter sind durch die gegenteilige Konstellation, Ausschließbarkeit und Rivalität, definiert. Kann ich sie mir nicht leisten, bin ich von ihrem Konsum ausgeschlossen. Was der eine konsumiert hat, steht dem anderen nicht mehr zur Verfügung. Private Güter müssen sich rentieren, aber nicht unbedingt nützlich sein. Öffentliche Güter müssen sich nicht rentieren, sind aber notwendig und meistens nützlich. Ausnahmen sind, wenn eine der beiden Bedingungen nicht erfüllt ist. Fehlt die Nichtrivalität, spricht man von Allmendegütern. Fehlt die Nichtausschließbarkeit, spricht man von Clubgütern. Der Aufwand, um diese Güter zur Verfügung zu stellen, wird vom Staat, von privaten Unternehmen oder von Vereinen betrieben, die auch die Regeln ihrer Nutzung, etwa

eine Studienordnung, bestimmen und Regelverletzungen durch Nichtvergabe von Leistungspunkten sanktionieren. Im Falle der Allmendegüter handelt es sich um eine freie Gabe der Natur, deren Verregelung schwierig, auf dem Wege der Kooperation aber möglich ist.

Sehr viel komplexer verhält es sich jenseits der Grenzen eines Staates. Wer ist für die Bereitstellung internationaler öffentlicher Güter zuständig? Wer regelt deren Inanspruchnahme? Die adäquate Instanz, den Weltstaat, gibt es nicht, sehr wohl aber einen Bedarf, etwa nach der Sicherheit auf den Seerouten, nach Schutz des Eigentums in der Ferne, nach einem internationalen Zahlungsmittel, nach einem letzten Kreditgeber, nach internationaler Infrastruktur, nach Kampf gegen organisiertes Verbrechen und Terrorismus. Noch schwieriger wird es im Falle der internationalen Allmendegüter wie der Hohen See, der Polargebiete, der Atmosphäre, des erdnahen Weltraums. Sie werden zwar auch als freie Gabe der Natur bereit gestellt, doch wer ist zuständig für deren Verregelung? Wir befinden uns im Kernbereich der IB, geht es doch um Fragen des Regierens jenseits des Nationalstaats.

Deren Beantwortung verlangt, neben das Axiom von der Anarchie der Staatenwelt das Axiom von der Hierarchie der Staatenwelt zu stellen. Staaten sind nicht nur souverän, in einem völkerrechtlichen Sinne gleichberechtigt wie im One Country/One Vote-Prinzip des Rats der EU zum Ausdruck kommt, Staaten sind in vieler Hinsicht ungleich. Man denke nur an die Größe des Territoriums, die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, die Bevölkerungszahl, das Bruttosozialprodukt, das Steueraufkommen, die Bonität, den Rüstungsetat. Die Verteilung von Macht, Wohlstand, internationaler Wettbewerbsfähigkeit, wissenschaftlich-technischer Leistungsfähigkeit ist denkbar unterschiedlich. In Wirklichkeit bilden die Staaten eine Pyramide mit we-

nigen, womöglich sogar nur einem an der Spitze und vielen an deren Basis. Das Prinzip One Dollar/One Vote bei Weltbank und Weltwährungsfonds ist Ausdruck der Hierarchie. Konflikte im internationalen System resultieren aus den unterschiedlichen Interessenlagen der Staaten, aus ihrem Aufstieg und Abstieg. Je höher ein Staat positioniert ist, desto eher ist er in der Lage, seinen Bedarf nach internationalen öffentlichen Gütern aus eigener Kraft zu decken, seinen Anteil an den globalen Allmendegütern zu maximieren.

Die IB bietet vier Modelle an, wie mit den genannten Axiomen umzugehen ist, auch wenn nie eines in Reinkultur verfolgt wird. Welches verfolgt wird, hängt zuallererst von der Frage ab, von welchem Axiom man ausgeht. Relevant ist ferner die politische Verfasstheit des jeweiligen Staates. Ob es sich um Staatsbürger im Sinne Kants oder um Untertanen, um ein partizipatorisches oder um ein despotisches System handelt, beeinflusst dessen Außenverhalten. Sind die Ideen, die Normen oder die materiellen Strukturen, die einen Staat ausmachen, maßgeblich?

Gehe ich von der Anarchie der Staatenwelt aus und halte die strukturellen Merkmale für maßgeblich, bin ich ein Anhänger des Realismus und plädiere für das Selbsthilfeprinzip. Jeder Staat versucht, so gut er kann, seine Interessen wahrzunehmen. Dafür benötigt er Macht, wobei mit Macht nicht nur politische oder militärische, sondern auch wirtschaftliche gemeint ist. Jeder Staat ist bestrebt, seine Machtmittel zu maximieren. Umso besser kann er seine Interessen verfolgen. Den Schwächeren bleibt nur, sich zu verbünden, um die überlegene Macht des Stärkeren auszutariieren. Bestenfalls kann so Stabilität im Sinne eines Machtgleichgewichts erzielt werden. Das entsprechende Modell heißt Billardball-Modell. So wie die Kugeln beim Billard aufeinanderprallen, reagieren auch die Staaten. Wie es

in ihrem Inneren aussieht, spielt für deren Außenverhalten keine Rolle. Dieses wird lediglich durch das Gebot der Staatsraison bestimmt, das sich nicht von moralischen Kategorien leiten lassen darf, sondern nur dem Gebot der Verantwortungsethik zu gehorchen hat. Insofern hat Außenpolitik immer Vorrang vor Innenpolitik, geht es doch um fundamentale Fragen staatlicher Existenz. Nur Staaten sind relevante Akteure. Deren große Männer personifizieren den Staat und machen die Geschichte wie der Kardinal Richelieu, Fürst Metternich, Bismarck oder Churchill. Ob es einen Fortschritt in der Geschichte gibt, wird aus realistischer Sicht in Frage gestellt. Eher lautet die Annahme, dass die politischen Grundkonstellationen immer gleich bleiben. Gerade deshalb ist das Studium der IB von Bedeutung, da sich aus dem Umgang mit früheren Konstellationen lernen lässt. Das Studium der Ideengeschichte ist geboten, weil die großen Denker der Geschichte (Denkerinnen gab es früher weniger) von Thukydides über Macchiavelli, Hobbes und Clausewitz bis zu Kissinger und Münkler schon alles gesagt haben. Auch für die universitäre Grundkonstellation hat es demnach seit Schiller und Humboldt nichts Neues gegeben.

Gehe ich von der Anarchie der Staatenwelt aus, bin aber der Überzeugung, dass die Ideen eine wichtigere Kraft als die Strukturen bilden, bin ich ein Anhänger des idealistischen Denkens, stehe ich nicht in der Tradition von Hobbes und Machiavelli, sondern von Locke, Rousseau, Kant und Angell, der vielen Projektmacher, die der europäischen Idee zugrunde liegen. Der Idealist setzt nicht auf das Selbsthilfeprinzip zur Einhegung der Anarchie, sondern auf die Kooperationen, nicht um diese einzuhegen, sondern sie aufzuheben. Er baut auf die rationale Einsicht, dass gemeinsam bessere Politikergebnisse möglich sind, weil Staaten wie Menschen lernfähig sind und die Erfahrung gemacht haben, dass die Selbsthilfe immer konfliktträchtig und mit hohen Kosten verbunden ist. Häufig ist der

Ertrag sogar negativ, weil der Krieg sich selbst für den Sieger nicht rechnet. Politik ist kein realistisches Zwei Personen-Nullsummenspiel, bei dem der eine gewinnt, was der andere verliert, sondern ein Nichtnullsummenspiel. Alle können gewinnen. Dafür braucht es allerdings nicht nur eines Zuges, der über Gewinn oder Verlust entscheidet, sondern vieler Züge und Gegenzüge, mittels derer das Vertrauen aufgebaut wird, das kooperatives Verhalten voraussetzt. Nur so kann das Gefangenendilemma, das einem pareto-optimalen Ergebnis entgegensteht, überwunden werden. Auch Merkel und Tsipras stehen vor diesem Dilemma.

Auch sind Staaten keine Blackbox wie die Billardkugel. Ihr politisches System hat Konsequenzen für ihr Außenverhalten, so das Argument der Theorie vom Demokratischen Frieden. Demokratien sind zwar nicht prinzipiell friedfertiger als Autokratien, sehr wohl aber untereinander. Sie lösen ihre Konflikte durch Verhandlung und greifen nicht zu Gewalt, weil das normative Selbstverständnis von Demokratien letzteres ausschließt. Die Ausbreitung von Demokratie führt demzufolge zur Ausbreitung einer normativ begründeten Kooperation. Demokratisierung ist Friedenspolitik. Im Gegenzug führt die Zunahme autoritärer Systeme, wie in der Zeit zwischen den Weltkriegen der Fall, zu wachsender Konflikträchtigkeit. Hier liegt die Erklärung, warum für jedes nur denkbare Politikfeld Internationale Organisationen geschaffen wurden. Die Staaten treten freiwillig Souveränität ab, so dass diese zu eigenständigen Akteuren in der internationalen Politik werden. Die von ihnen verabschiedeten Manifeste wie die Charta der Vereinten Nationen, die Statuten des Internationalen Gerichtshofs, die Römischen Verträge, das Kyoto-Protokoll oder die Millennium Development Goals wirken normativ. Ganz fernes Ziel in der radikalen Variante der idealistischen Theorie ist der Weltstaat, der für die Bereitstellung der öffentlichen Güter zuständig ist, die dann

keine internationalen mehr sind. Die Vereinigten Staaten von Amerika oder die EU sind aus dieser Perspektive nur Zwischenstationen.

Allerdings - was geschieht, wenn ein Staat seine Souveränität verliert, wenn er zu einem schwachen, zerfallenen, gescheiterten Staat mutiert? Wenn die Zone fragiler Staatlichkeit sich ausdehnt, das staatliche Gewaltmonopol zugunsten neuer Gewaltakteure mit grenzüberschreitender Reichweite verschwindet? Wenn ein Staat die Souveränität verliert, muss die Anarchie der Staatenwelt wie die innerstaatliche Anarchie zunehmen. Was ist, wenn ein Staat nicht mehr in der Lage ist, inneren Frieden, Rechtssicherheit, Schutz des Eigentums, persönliche Unversehrtheit zu garantieren? Kann, darf, soll oder gar muss dann das Interventionsverbot der UN-Charta außer Kraft gesetzt werden? Darf dann doch die „Weltgemeinschaft“, wer auch immer das ist, womöglich als ultima ratio auch militärisch eingreifen? Meldet sich dann die auf Thomas von Aquin zurückgehende Lehre vom Gerechten Krieg zurück, der Zwillingsbruder der Theorie des Demokratischen Friedens?

Oder resultiert die Ordnung der Welt aus der Hierarchie der Staatenwelt? Ist weder das realistische Billardball- noch das idealistische Spinnwebmodell, sondern das strukturalistische Schichttortenmodell dasjenige, das die Welt am besten abbildet? Allerdings - Aufstieg und Abstieg innerhalb der Macht- und Wohlstandspyramide sind möglich. Man denke nur an die Implosion der Sowjetunion und deren Konsequenzen für das internationale Machtgefüge. Die großen Mächte sind es, die am Ende solcher Ausscheidungskämpfe, genannt Weltkriege, neue Weltordnungen verabreden, die so lange Gültigkeit haben, wie die neue Hierarchie im internationalen System Bestand hat. Während der Song-Zeit war China das in jeder Hinsicht am weitesten entwickelte Land der Welt, wie der Ausschnitt der Bildrolle „Frie-

den regiert den Fluß" (um 1120) von Zhang Zeduan unter Beweis stellt. Die sinozentrische Weltordnung ist ein frühes Beispiel. Auf ihrem Höhepunkt zu Beginn des 15. Jahrhunderts waren mehr als 100 Staaten China tributpflichtig. Deren Gesandte machten freiwillig in Peking ihre Aufwartung, leisteten den Kotau als Kern der Anerkennung der Oberhoheit des chinesischen Kaisers, der die Welt regieren, aber nicht beherrschen wollte. Sie präsentierten ihre Tributwaren, die mit kaiserlichen Gegengeschenken vergolten wurden, eine Art Staatshandel. Oft war der Wert der Gegengeschenke höher als der Wert des Tributs. Der Kaiser ließ sich seine Ordnungsfunktion etwas kosten. Das System erstreckte sich nach Zentralasien, umschloss die China vorgelagerten Inseln von Japan bis in die indonesische Inselwelt und reichte bis in das Becken des Indiks.

Die erste von Europa ausgehende Weltordnung war der Vertrag von Tordesillas zwischen den Entdeckernationen Kastilien und Portugal, der die Welt von Pol zu Pol in eine kastilische (Amerika) und eine portugiesische („Indien“) Hälfte aufteilte, etwas verteilte, was man im Zuge der Entdeckungsfahrten erst zu finden und in Besitz zu nehmen hoffte. Das Bild ist eine Konstruktion. Der Papst hat nicht am Verhandlungstisch gesessen, sondern von Rom aus durch seine Bullen Einfluss genommen. Auch gab es noch keine Weltkarten, die erst nach den Entdeckungsfahrten gezeichnet werden konnten. Dass die Ureinwohner Amerikas Indianer heißen und die Inseln in der Karibik „Westindien“, geht auf den Irrtum des Kolumbus zurück, der meinte in Indien angelangt zu sein, weil er den Umfang der Erde unterschätzt hatte. Amerika geht auf den Vornamen Amerigo Vespuccis zurück, der über seine angebliche oder tatsächliche Teilnahme an einer der frühen Fahrten berichtet hat. Martin Waldseemüller aus Freiburg, der Vespuccis Bericht kannte, hat 1507 auf seiner Weltkarte erstmals den Namen Amerika verwendet.

Der Frieden von Cateau-Cambrésis (1559) regelte den französisch-spanischen Konflikt um die Vorherrschaft in Europa. Von globaler Bedeutung war die dort nur mündlich getroffene Vereinbarung, dass Verträge nur für Europa, aber nicht jenseits der „Linie“ gelten sollten. Mit der Linie war im Westen der alte Nullmeridian gemeint, der durch die Kanaren-Insel Hierro verläuft, und im Süden der nördliche Wendekreis des Krebses. Damit waren die außereuropäischen Meere und Territorien ein rechtsfreier Raum. Selbst wenn in Europa Frieden herrschte, galt dort das Faustrecht. „No peace beyond the line“, darauf berief sich Sir Francis Drake, wenn er die Spanische Silberflotte in der Karibik kapern wollte.

Die Friedensverhandlungen im Somerset House (1604) zwischen Spanien und England war der erste Versuch einer Konfliktregelung zwischen der absteigenden Weltmacht Spanien und der künftigen Weltmacht England. Dass auf der linken Seite des Tisches 6 und auf der rechten Seite 5 Delegierte sitzen, ist darauf zurückzuführen, dass die Spanischen Niederlande (heute in etwa Belgien) mit 3 eigenen Delegierten vertreten waren. Die beiden hochrangigsten Diplomaten sitzen am Fenster. Deshalb ist der englische Protokollant rechts vorne platziert. Auf der IB-Konferenz im Bienroder Weg ist nur die Sitzfolge, nicht aber die Ausübung der Funktionen umgekehrt.

Die späteren Weltordnungen, so der Westfälische Frieden (1648), in Münster im Friedenssaal unterzeichnet, von der Rathausstreppe in Osnabrück verkündet und von einer Delegation des Hochschullehrersports der TU Braunschweig auf der Westfalentour besichtigt, und der Pyrenäen-Frieden zwischen Spanien und Frankreich auf der Fasaneninsel (1659) beendeten den Dreißigjährigen Krieg, der in Wirklichkeit 80 Jahre dauerte und weltweit ausgefochten wurde, begründeten das Westfälische Staaten-

system und die Hegemonie Frankreichs im Zeitalter Ludwigs XIV. Auf der Fasaneninsel wurden nicht nur die Pyrenäen als spanisch-französische Grenze festgelegt, sondern auch die „Linie“ wieder aufgehoben, hinter der der rechtsfreie Raum begann. In den Zonen fragiler Staatlichkeit ist er zurückgekehrt.

Ferner gehören dazu der Frieden von Utrecht (1715) am Ende des Spanischen Erbfolgekrieges um die Hinterlassenschaft von Tordesillas. Dessen Ausbruch lässt sich mit dem Gefangenendilemma modellieren, wurde der französische König von den spanischen Abgesandten, nachdem der letzte Vertreter der Habsburger gestorben war, mit der Alternative konfrontiert: Annahme der **ganzen** Erbschaft oder Vertrauen auf den geheimen Erb**teilungs-**vertrag mit dem österreichischen Anwärter. Da der zuerst konsultierte französische König misstrauisch war, ob die Österreicher sich an den Vertrag halten würden, wurde er selber vertragsbrüchig und nahm die ganze Erbschaft an. Das Selbsthilfeprinzip hatte wieder zum Krieg geführt. Auch deshalb wurde in Utrecht das Gleichgewichtsprinzip verabredet, um zu verhindern, dass auf dem europäischen Kontinent künftig zu große Machtasymmetrien entstehen.

In die Reihe der großen Verabredungen gehört auch der Wiener Kongress. Napoleon wollte in Europa eine neue Ordnung auf imperiale Weise errichten. Metternich und Castlereagh stützten Frankreich zurück, beließen ihm aber einen Platz im „Konzert“ der fünf Großmächte aus Großbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Russland und Preußen/Deutschland, zu dem seit Ende des Jahrhunderts noch die USA und Japan hinzukamen. Heute wird das „Konzert“ durch die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, die G7 oder neuerdings das Format G5+1 gebildet.

Auf der Pariser Konferenz am Ende des Ersten Weltkriegs traten die USA als neue große Macht auf. Auch wenn die Lieblingsidee

Wilsons, der Völkerbund, ohne die USA auskommen musste, weil eine Negativkoalition des Kongresses die Ratifizierung des Vertrages verweigerte, insofern eine Falsifizierung der realistischen Annahme, dass der Staat nach außen eine Blackbox ist, so wäre er doch ohne dessen Initiative nicht zustande gekommen. Ein Abfallprodukt der Konferenz war die Gründung des Fachs IB. Die amerikanischen und britischen Delegationen hatten verabredet, in beiden Ländern je ein Institut für Internationale Beziehungen zu gründen, die ersten Think Tanks zum Zwecke der wissenschaftlichen Politikberatung. Daraus ist in New York der Council on Foreign Relations und in London das Chatham House entstanden.

Das Argument von der Führungsrolle der großen Mächte, der sog. machtsstrukturelle Ansatz in den IB, gilt umso mehr für die Serie der 14 Konferenzen während und nach dem Zweiten Weltkrieg, unter denen die von Jalta und Potsdam, Bretton Woods, Dumbarton Oaks und San Francisco die berühmtesten sind. Roosevelts Engagement zur Gründung der UNO wollte die Geburtsfehler des Völkerbundes vermeiden. Nur war mit der Sowjetunion eine neue große Macht auf den Plan getreten. Die Zustimmung Stalins war nur zu gewinnen durch die Konzession des Vetorechts der Ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, ein fundamentaler Widerspruch zu der Idee der kollektiven Sicherheit und dafür verantwortlich, warum die UNO zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes paralysiert war. Seitdem allerdings - welche Paradoxie - die Blockade durch das Vetorecht durchlöchert ist, ist der Gerechte Krieg, die militärische Intervention unter humanitären Vorzeichen, wieder zurückgekehrt. Das diesbezügliche Dokument der UNO, die Responsibility to Protect (R2P) bemüht alle Kriterien, die sich schon bei Thomas von Aquin finden: Die auctoritas principis, die justa causa, die recta intentio, die justa pax, die ultima ratio und die proportionalitas.

Damit kommen wir zur entscheidenden Frage: Wer ist zuständig für die Bereitstellung der internationalen öffentlichen Güter? Dafür ist eine Differenzierung der großen Mächte in solche imperialen und hegemonialen Zuschnitts notwendig. Zur Unterscheidung hilft die etymologische Klärung der Begriffe. Imperium kommt aus dem Lateinischen und meint nicht nur Reich, sondern auch Herrschaft. Hegemonie kommt aus dem Griechischen und heißt Führerschaft in einem Bündnis. Die Gegenbegriffe lauten Knechtschaft und Gefolgschaft. Erstere beruht auf Zwang, letztere auf Freiwilligkeit. Das Imperium gründet sich auf Eroberung, basiert auf militärischer Stärke. Die Eroberten haben den Tribut zu leisten, mit dessen Hilfe die Herrschaft und die weitere Ausdehnung des Imperiums finanziert wird - Expansion um der Expansion willen. Die Grenzen des Imperiums sind erreicht, wenn der imperiale Aufwand den imperialen Nutzen übersteigt. Der Niedergang beginnt, wenn die imperiale Überdehnung einsetzt, es nicht gelungen ist, die „Augusteische Schwelle“ zwischen äußerer Expansion und innerer Konsolidierung zu überschreiten. Dies erklärt, warum der Zusammenbruch von Imperien so überstürzt erfolgen kann. Das Römische Reich, das Mongolische Reich, das Osmanische Reich, das Reich der Spanischen Habsburger und die Sowjetunion gehören diesem Typus an. Dennoch kann es attraktiv sein, Teil eines Imperiums zu sein, weil es zwar keine internationalen öffentlichen, aber Clubgüter für die Untertanen des Imperiums bereitstellt wie das römische Bürgerrecht, die Sicherheit auf den Karawanenrouten der Seidenstraße, den Schutz der Pilger Routen zu den heiligen Stätten in Mekka und Medina, das amerikanische Silber als Schmiermittel der Weltwirtschaft oder zuletzt den sowjetischen Nuklearschirm gegenüber der NATO. Aus dieser Perspektive treten an die Stelle der internationalen imperialen Beziehungen, müsste man konsequenterweise das Akronym IB durch das Akronym ImpB ersetzen.

Hegemonialmächte wie z.B. Athen als Führungsmacht im Attischen Seebund sind nicht auf die Legionen zur Beherrschung der Provinzen angewiesen, sehr wohl aber auf Akzeptanz. Die von ihnen errichteten Ordnungen basieren nicht auf dem Tribut, sondern auf der eigenen überragenden Leistungsfähigkeit. Instrumente dieser Ordnung sind die internationalen öffentlichen Güter, die allen zur Verfügung stehen, wie Frieden und Sicherheit im Sinne einer funktionierenden Weltwirtschaft. Heute gehören dazu das Internet, GPS, die Garantie der Ölversorgung und die Rolle des Weltpolizisten. Wenn amerikanische Flugzeugträger in den Persischen Golf einlaufen, dienen sie auch der japanischen und chinesischen Ölversorgung. Die NSA-Aktivitäten dienen auch der deutschen Sicherheit, weil es für den Weltpolizisten nicht nur der Drohnen und der Informationstechnik, sondern auch der Informationen bedarf. Während man früher das mühsame Geschäft der Suche nach der Nadel im Heuhaufen betreiben musste, wird heute der ganze Heuhaufen erfasst, um anschließend die Nadel herauszufiltern. Hier liegt der Grund, warum die Bundesregierung in dieser heiklen Frage nur laviieren kann. Die Alternative lautet, dass jedes Land seine eigene atomare Abschreckung, seine eigene Trägerflotte, sein eigenes Navigationssystem, sein eigenes Cybercommand vorhalten müsste. Dies würde nicht nur die finanziellen und technischen Möglichkeiten sprengen, sondern auch zu schlechteren Ergebnissen führen.

Der Unterschied zwischen nationalen und internationalen Öffentlichen Gütern besteht folglich darin, dass neben Nichtausschließbarkeit und Nichtrivalität das Kriterium „zum Nulltarif“ tritt. Nationale öffentliche Güter sind steuerfinanziert. Jeder leistet seinen Beitrag. Internationale öffentliche Güter werden vom Hegemon bereitgestellt, sind nur durch dessen Steuerzahler finanziert. Deshalb ist es so attraktiv, den Hegemon zu akzeptieren, auch wenn dies dem Souveränitätsgedanken widerspricht. Die politische „Drecksarbeit“ überlässt man ihm

genauso gerne wie die Kosten. Der Hegemon produziert die Kanonen, die Freerider die Butter. Nur der Hegemon steht vor dem Freiwilligendilemma. Entweder ich mache es oder es macht keiner. Hegemonialer Niedergang ist im Unterschied zum imperialen Niedergang ein schleichender Prozess, da er auf nachlassende Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen ist. Deshalb ist er von langen Debatten begleitet, wie diesem Niedergang entgegenge wirkt werden kann. Eine Debatte über eine bevorstehende Implosion der Sowjetunion und den Fall der Berliner Mauer hat es nicht gegeben.

Hinzu kommt die zivilisatorische Ausstrahlungskraft. Chinas Nachbarn haben den Konfuzianismus, die bürokratische Organisation des Staates, die Arbeitsethik, das Konfuzianische Bildungsideal, die Schriftzeichen, alles das, was mit den chinesischen artes liberales transportiert wird, übernommen.

Heute orientiert sich die ganze Welt am american way of life. Die amerikanischen Spitzenuniversitäten setzen die Standards, gerade auch in den IB. Mit der Übernahme des Bachelor-/Mastersystems bestimmen sie sogar die universitäre Ordnung. Die Humboldtsche Idee, selbst das deutsche Diplom, Inkarnation des made in Germany, wurde auf dem Altar des angelsächsischen Hochschulverständnisses geopfert, das nur Brotgelehrte produziert, die zwar berufliche Schlüsselqualifikationen mitbringen mögen aber sich kaum als aufgeklärte, selbstbestimmte und autonome Weltbürger verstehen. Nur Juristen und Mediziner aus den höheren Fakultäten haben am Staatsexamen festgehalten, vielleicht deshalb, weil in den Bologna-Kommissionen besonders viele Juristen vertreten waren. American way of life heißt ferner, dass sich die Alltagskultur mit Fast Food und Softdrinks, Film, Mode und Musik, der Anglisierung der Alltagssprache, der Begrifflichkeit von Internet und E-only, ob E-book, Ebay mit Bitcoins, E-Bike, E-Socker, E-Government,

WhatsApp und Snapchat durchgesetzt haben. Versuchen Sie mal, nur einen Tag ohne Facebook und „googeln“ auszukommen. Der DFB und dessen Wettkampfordnung ist die letzte Bastion gegen die Amerikanisierung des Sports. Vielleicht liegt es daran, dass der Fußball 1874 von Konrad Koch in Braunschweig erfunden wurde, wie ein Schild vor dem Naturhistorischen Museum verkündet. Deshalb - am Ende wird abgerechnet, die Hoffnung stirbt zuletzt. Wie heißt es doch bei Rodgers und Hammerstein? „When you walk through a storm, hold your head up high and don't be afraid of the dark. At the end of the storm, there's a golden sky and the sweet silver song of a lark ...“ Nicht nur der Fußball, auch Universität geht immer weiter.

Ich bin guter Hoffnung, dass neben dem DFB auch VW im Verbund mit der TU Braunschweig eine Bastion wird, setzen doch die Standards des größten Automobilproduzenten den Maßstab für die gesamte Branche. Insofern eröffnet das Niedersächsische Forschungszentrum Fahrzeugtechnik durchaus eine IB-Perspektive.

Also: Warum und zu welchem Ende studiert man Internationale Beziehungen? IB ist nichts anderes als das, was Schiller unter Universalgeschichte verstanden hat. Man studiert sie, um ein Verständnis der Ordnung der Welt und ihrer Probleme zu gewinnen. Dafür eignet sich die historisch-komparative Methode ganz vorzüglich. Durch dieses Studium lässt sich verstehen, warum die Welt vor so großen Herausforderungen steht. Zu welchem Ende IB zu studieren meint deshalb: Was kann ich daraus lernen für künftiges politisches Handeln und in der Humboldtschen Tradition der Einheit von Forschung und Lehre weitergeben an die Studierenden.

Ich komme zum Ende und erlaube mir ein bißchen Pathos: Liebe Carolo-Wilhelmina! Ich bedanke mich für 23 Jahre, in denen ich hier tätig sein konnte als Lehrer, als Forscher, als public

intellectual, der am öffentlichen Diskurs in Braunschweig und darüber hinaus teilnehmen konnte, und nicht zu knapp in der akademischen Selbstverwaltung. Sie ist der eigentliche Preis der Freiheit von Forschung und Lehre. Insofern ist auch diese ein hohes Gut, kein Clubgut, sondern ein öffentliches Gut, für das es sich einzusetzen lohnt. Dies war nur möglich mit Hilfe vieler, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Sozialwissenschaften, durch die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen anderer Fakultäten und Institute, aber auch und nicht zuletzt mit der Verwaltung. Nur ein kollegiales Verhältnis, das den Respekt der höheren Fakultäten vor den Freien Künsten beherzigt, macht akademische Selbstverwaltung möglich. Nicht gering war auch der Beitrag der Familie, die manches erdulden musste und mir den Rücken freigehalten hat. Ich bin gern Hochschullehrer gewesen. Es ist trotz alledem noch immer der schönste Beruf der Welt, der wie kein anderer die Berufung im doppelten Sinne des Wortes mit dem Beruf verbindet. Wie gesagt, von der Berufung hängt alles ab in der Universität. Um nochmals Schiller, Don Carlos, 5. Akt, letzte Szene, zu zitieren: „Präsident! Ich hab das Meinige getan. Tun Sie das Ihre!“